

# mitte drin

Ausgabe 03 / 2017 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

## Unsichtbare Frauen?

**J**eder kennt wohl das Sprichwort „Ein Bild sagt mehr als tausend Worte“. **Tatsächlich ist es schwer, sich nicht ständig Bilder zu machen und sich und die Welt immer wieder aufs Neue zu inszenieren.**

Sich „ein Bild zu machen“ bedeutet, sich etwas bewusst zu machen, es einzuordnen, zu deuten und zu bewerten. Vor diesem Hintergrund bestimmt Sichtbarkeit Relevanz und Wert.

Am Mittwoch, den 8. März 2017, ist der Internationale Frauentag. Dieser Tag bietet nicht nur eine Gelegenheit, um im Privaten Mütter, Ehefrauen, Freundinnen, Kolleginnen etc. zu ehren, sondern auch eine Gelegenheit, um im öffentlichen Diskurs Bilder zu erzeugen und sich selbst Bilder zu schaffen.

Wo die Bilder fehlen, bleiben auch bestimmte Aspekte der Wirklichkeit unsichtbar. Besonders Frauen und ihre Leistungen werden immer noch übersehen. Nach den Ergebnissen aus der Zeitverwendungserhebung 2012/2013 des Statistischen Bundesamtes arbeiteten Frauen mit rund 45,5 Stunden pro Woche zwar insgesamt eine Stunde mehr als Männer, leisteten

dabei jedoch zwei Drittel ihrer Arbeit unbezahlt. Zu bedenken gilt, dass sich dieser Zeitaufwand für Arbeit nochmal deutlich zwischen Haushalten mit und ohne Kind unterscheidet. Unbezahlte Arbeit umfasst hierbei neben Arbeiten zuhause, bei der Erziehung der Kinder oder bei der Pflege von Alten und Hilfsbedürftigen auch freiwilliges Engagement. Frauen übernehmen einen maßgeblichen Anteil an vielfältigen „Sorge- und Kümmerarbeiten“. Das Ehrenamt in sozialen Feldern, Gesundheits- und Erziehungsbereichen oder im kirchlichen Bereich ist jedoch selten mit sichtbarer gesellschaftlicher Anerkennung oder Einfluss verbunden. Die erbrachten unbezahlten Leistungen bleiben also in gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht unsichtbar. Sie gehen bisher nicht in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung



Aus dem Entwurf des Wahlprogramms der LINKEN zu den Bundestagswahlen 2017:

„Die gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit, unbezahlter Hausarbeit, Kindererziehung und Betreuung sowie von Pflege innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Geschlechtern. Das heißt auch eine Umverteilung der gutbezahlten Erwerbsarbeit hin zu Frauen und im Gegenzug mehr von der wunderbaren, liebevollen Familienarbeit in Männerhand.“

ein, geschweige denn in eine spätere Rente. Unbezahlte Arbeit macht im Alter arm, obwohl sie gesellschaftlich ebenso wertvoll und notwendig ist wie die sichtbare Erwerbsarbeit.

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

### Fabian Koleckar – jüngstes Mitglied der BVV Mitte

... und mit 21 Jahren der Jüngste aller Berliner Bezirksverordneten. Ärgernisse, Aufgaben, Notfälle, Probleme? Die gibt es zuhauf. Sein Grundsatz: Da muss man was tun! Und genau daran hält er sich. Matthias Herold erkundete „Fabis“ Wirkungsfelder.

Fortsetzung auf Seite 4 ▷

### Wohnungsmarktreport belegt das Versagen des Marktes

83.000 Mietangebote und 62.000 Kaufangebote in Berlin wurden in dem neuen Report ausgewertet. Haben vom Bundestag beschlossene Gesetze etwas bewirkt? Rainer Scholz hat die Ergebnisse unter die Lupe genommen. Entlastung und Entspannung? Fehlanzeige.

Fortsetzung auf Seite 6 ▷

### Streik an Berlins Universitäten? Nicht ungewöhnlich

Die kommen alle Jahre vor. Aber dieser Streik – ausgelöst durch die Kündigung des Wissenschaftlers Holm – hatte anderes Gewicht, meint Tobias Schulze. Dieser Streik führte zur Stadtpolitik, zu kritischer Wissenschaftskultur und zur aktuellen Politik.

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

### „Wissen, was läuft“

Mittwoch, 29.03., 19 Uhr, Karl-Liebknecht-Haus  
(Kleine Alexanderstr. 28, U-Bahnhof Rosa-Luxemburg-Platz), Saal 1

Carola Bluhm, Vorsitzende der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und  
Dr. Sandra Obermeyer, Bezirksstadträtin für Jugend, Familie und Bürgerdienste berichten  
über ihre Arbeit und wollen mit euch ins Gespräch kommen!

**DIE LINKE.**  
Bezirksverband Mitte  
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337  
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,  
Do. bis 19 Uhr

**Aus der BVV**

## Jugendverkehrsschule Moabit – schon wieder?

**Auf der Februar-Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung wurde der Antrag der Linksfraktion, eine Standortgarantie für die Jugendverkehrsschule (JVS) Moabit zu geben, bei Gegenstimmen der SPD angenommen.**

Die JVS in der Bremer Straße 10 war schon öfter Thema in der BVV. Es wurde bereits im März 2016 mit großer Mehrheit beschlossen, dass die JVS nicht geschlossen wird. Doch das Bezirksamt hat wenige Tage nach diesem Beschluss relevante Grundstücke der Berliner Immobilienmanagement GmbH zur Vermarktung angeboten.

Es wurden Pläne der GEWOBAG bekannt, die zunächst die Zufahrt der JVS bebauen will und in einer zweiten Phase plant, Teile der JVS selbst zu bebauen.

Petra Schrader, schulpolitische Sprecherin unserer Fraktion, fordert deshalb Aufklärung darüber, wer wann im Bezirksamt an den Bürgerinnen und Bürgern und an den Beschlüssen der BVV vorbei den Weg freigemacht hat für



Die JVS muss erhalten bleiben!

Vermarktung, Zubau, Bebauung und damit drohender Schließung der JVS am Standort Bremer Straße 10.

### Räumung von Obdachlosen

Trotz des Beschlusses unseres Antrages, dass bei Räumungen Sozialarbeiter hinzugezogen werden und sichergestellt werden muss, dass Obdachlose ihren Besitz behalten können, scheint das Bezirksamt Probleme zu haben, das umzusetzen. Ende Januar kam es zu Räumungen mehrerer Schlafplätze von Obdachlo-

sen in Mitte, weswegen wir nachfragten, wie das genau ablief. Die Antworten des Bezirksbürgermeisters zeigen große Probleme auf. Sozialarbeiter des Bezirksamtes wurden am Tag der Räumung über diese informiert, so spät, dass diese nicht ins Gespräch mit den Betroffenen gehen konnten. Auch konnte nicht beantwortet werden, wie lange Gegenstände in der Asservatenkammer des Ordnungsamtes aufbewahrt werden, bis ihre Besitzer sie abholen können, und es war unklar, wie entschieden wird, welche Gegenstände als Müll weggeworfen und welche als aufbewahrungswürdig erhalten bleiben. Wir bleiben an der Sache dran.

Zudem verwies Stadträtin Sandra Obermeyer die BVV darauf, dass die Bundestagswahl auf den Tag des Berlin-Marathons fällt, was zu großen Problemen führen kann. Das Bezirksamt ist an der Sache dran und versucht, gemeinsam mit der Senatsebene und dem Veranstalter eine Lösung zu finden.

**Andreas Böttger**

**Blick aus dem Amt**

## Das Jugendamt – Unterstützung, die ankommt

**Mit diesem Slogan werben Jugendämter bundesweit für ihre Arbeit und tatsächlich ist das Jugendamt durch die Nähe zu den Menschen, ihren Hilfebedarfen, familiären Konflikten und Erziehungsproblemen eine „besondere Behörde“.**

Dass Mitarbeitende pädagogische Fachkräfte sein sollen, ist sogar bundesgesetzlich festgelegt. Ein paar Daten aus Mitte, die die Herausforderungen der täglichen Arbeit im Jugendamt verdeutlichen: Es werden im Spektrum der sogenannten Hilfen zur Erziehung über 2000 z.T. komplexe „Fälle“ bearbeitet. Das reicht von jungen Müttern, die zusammen mit ihren Kindern betreut werden, Familienhilfen zur Unterstützung der Familie bei der Bewältigung von Alltagsproblemen und Krisen bis zur Unterbringung von Kindern außerhalb ihres Elternhauses, weil sonst das Wohl des Kindes gefährdet ist. Auch geflüchtete junge Menschen werden oft auf diese Weise untergebracht. Alternativ gibt es die Unterbringung in Pflegefamilien. Das heißt aber, dass geeignete Pflegepersonen gefun-

den werden müssen. Klar ist: die geeignete Hilfe für junge Menschen und/oder Eltern zu finden, ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Sie kostet Zeit, braucht viele Gespräche, auch mit Schulen, TherapeutInnen und anderen Akteuren und: Hilfe kostet Geld. Es werden in Mitte über 50 Mio. Euro jährlich für Hilfen zur Erziehung ausgegeben. Der Bezirk bekommt vom Land aber nicht 1:1 die Summe, die die Hilfen kosten, obwohl es einen Rechtsanspruch auf diese Hilfen gibt. Daher kommt es zu Budgetüberschreitungen, um Menschen, die Hilfe benötigen, angemessene Unterstützung zukommen zu lassen. Dabei ist zu beachten, dass der Bezirk Mitte bei Sozialindikatoren wie Leistungsberechtigte nach Sozialgesetzbuch II im Alter von 6 bis unter 18 Jahren berlinweit mit die höchsten Werte aufweist und auch sonst einiges an Problempotential zu bieten hat. Trotz dieser sozialen Belastung liegt Mitte bei der Hilfedichte in 2015 nur an 5. Stelle und bei den Transferausgaben je Einwohner an 6. Stelle von den 12 Bezirken.

Es muss daher den Bezirken gelingen, dass das Land die Hilfebedarfe umfassender anerkennt und die Bezirke besser finanziert. Sozialarbeitende, die z.T. 80 Fälle betreuen, von denen jeder einzelne eine Herausforderung ist, müssen außerdem endlich besser bezahlt werden. Zu beiden Themen finden sich Aussagen im Koalitionsvertrag und ich werde mich mit anderen Mitstreitenden weiter dafür einsetzen. Das Ergebnis der aktuellen Tarifverhandlungen bringt sicher eine Besserung, aber entspricht nicht dem, wofür insbesondere die Mitarbeitenden der Jugendämter seit Jahren demonstrieren.



Dr. Sandra Obermeyer

**Dr. Sandra Obermeyer**

# SOZIAL. GERECHT. FÜR ALLE.

*Der Entwurf zum Bundestagswahlprogramm von Bernd Riexinger und Katja Kipping*

**Die Botschaft der Bundesregierung, dass es „Deutschland gut gehe“, erleben viele Menschen ganz anders: Für sie überwiegen die Sorgen vor einer Zukunft, die sie nicht planen können.**

Sie erwarten Druck in der Arbeit, steigende Mieten und Altersarmut. Das Netz des gemeinsamen öffentlichen Eigentums und der öffentlichen Daseinsvorsorge scheint brüchig zu werden.

Wir kämpfen in der Bundestagswahl für einen wirklichen Richtungswechsel, einen Neuanfang nach der neoliberalen Politik der letzten 25 Jahre. „Sozial gerecht für alle“ bedeutet: Für die Menschen „unten“ mit einem sicheren sozialen Netz, das bei Erwerbslosigkeit, Rente, Krankheit und Behinderung gegen Armut schützt. Für die „oben“, die bisher von angemessenen Steuern und Beiträgen zu den Sozialversicherungen verschont blei-

ben – und für Alteingesessene wie neu Hinzugekommene. Viele Vorbehalte gegen Geflüchtete haben damit zu tun, dass Wohnungen, Arbeit, öffentliche Dienstleistungen als zu knapp erlebt werden. Wir wollen die Strukturen des Öffentlichen, des gemeinsamen Eigentums stärken. Sie bilden gleichzeitig die sozialen Grundlagen der Demokratie.

Damit können wir eine Sozialpolitik bezahlen, die wirksam vor Armut schützt. Mit einer Mindestsicherung von 1.050 Euro ohne Sanktionen statt Hartz IV. Mit einer solidarischen Mindestrente in gleicher Höhe, die niedrige Rentenansprüche ergänzt. Das gesetzliche Rentenniveau heben wir wieder auf 53% und stützen zusätzlich Zeiten im Niedriglohn mit einem besseren Rentenwert. Geringe und mittlere Einkommen wollen wir entlasten durch einen hohen Freibetrag bei der Einkommensteuer. In unserem Konzept der Solidarischen Gesundheitsversicherung zahlen alle mit allen Einkommen ein. Die Versorgung wird verbessert – so entfallen etwa Zuzahlungen für Zahnersatz oder Brillen – und die Beiträge sinken trotzdem auf unter 11 Prozent. Und wir schaffen den Einstieg in einen sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft. Wir schaffen Arbeitsplätze im Bereich von Bildung, Gesundheit und Pflege und verkürzen die Arbeitszeit: Es ist nicht einzusehen, dass viele Menschen sich in die Erschöpfung arbeiten, während andere nicht so viel arbeiten können, wie sie gerne wollen. Wir wollen den öffentlichen und gemeinnützigen Wohnungsbau stärken und die Energie in die Hand von Bürgerinnen und Bürgern geben, mit sozial gestaffelten Energiepreisen.



Frischer Wind im Wahlkampf

## Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE. mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- **an jedem ersten Mittwoch des Monats** von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“** der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und
- **an jedem dritten Mittwoch des Monats** im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

### Jeden Mittwoch im Monat

kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwältinnen **Nina Jenny Soest** und **Christian Wisch** von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich) im **LinksTreff**, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

### Jeden 4. Mittwoch im Monat

von 14 bis 16 Uhr **kostenlose Mieterberatung** im **Karl-Liebknecht-Haus**, Raum 523, Kleine Alexanderstraße 28, 10178

DIE LINKE steht auf zwei Beinen: der sozialen Gerechtigkeit und dem Frieden. Das bleibt. Nicht zuletzt sind Kriege und bewaffnete Konflikte eine Hauptursache von Fluchtbewegungen. Wer diese bekämpfen will – und nicht die Flüchtlinge – muss sich für zivile Konfliktlösungen und eine gerechte Weltwirtschaft einsetzen. Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Aufrüstung in Deutschland und der Europäischen Union können wir uns sparen. Eine Sofortmaßnahme wäre das Verbot von Waffenexporten in Krisengebiete – bisher spielt Deutschland hier noch ganz vorne mit.

**Christina Kaindl,**  
Bereichsleiterin Strategie und Grundsatzfragen beim Parteivorstand

## Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Montag von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im **Rathaus Mitte**, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65  
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Fortsetzung von Seite 1: **Unsichtbare Frauen?**

Die Teilung der Arbeit in bezahlte und unbezahlte Arbeit beeinflusst die Teilhabe von Frauen an der Verteilung von ökonomischen Gütern, Geld und Vermögen. Es ist daher wichtig, sich mit unbezahlter Arbeit auseinanderzusetzen und sich davon ein Bild zu machen. Es ist ein großer Teil der Tätigkeiten, der tagtäglich – vor allem

von Frauen – gemacht wird: Waschen, Kochen, die Sorge für Kinder und Erwachsene, Putzen, aber auch die schlichte Planung eines reibungslosen (Familien-)Alltags ist Arbeit.

Die Deutung und Bewertung eines Phänomens kann Sichtbarkeiten produzieren und damit auch neue Bilder, die weiterwir-

ken. Eine öffentliche Diskussion um das Phänomen der Arbeitsteilung, die sowohl geschlechts- als auch schichtspezifische Aspekte berücksichtigt, macht Arbeit neben Erwerbsarbeit sichtbar und damit auch zahlreiche unsichtbare Frauen.

**Ramona Reiser**  
Mitglied der Linksfraktion in der BVV

**Menschen in Mitte**

# Fabian Koleckars hohe Verantwortung für Berlin und Bahn

**S**chon als Teenager fand Fabian Koleckar Politik sehr spannend. Mit 13 verfolgte er jede Nachrichtensendung im Fernsehen, ärgerte sich über manche Vorkommnisse.

„Da muss man was tun“, sagte er schon damals. Heute ist er fast zwei Meter groß und mit 21 nicht nur der jüngste Abgeordnete der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Mitte, sondern aller Bezirksparlamente Berlins.

Als stellvertretender Vorsitzender des Integrationsausschusses will der im Wedding Geborene und Aufgewachsene aktiv viel für Menschen in Not tun, für die abgehängten und benachteiligten Berliner wie für Flüchtlinge, „gegen die drohende totale Spaltung zwischen oben und unten, wie es sie die Stadt bisher nicht kannte“. In diesen Wochen stehen der geregelte Umzug der Flüchtlinge aus der letzten noch belegten Turnhalle in der Osloer Straße an der Spitze der Vorhaben des Mitglieds der Fraktion DIE LINKE wie auch der nächsten Runde Tisch zur Klärung der anstehenden Probleme auf dem Leopoldplatz.

Noch als Gymnasiast hatte der Sohn einer Beamtin und eines Projektmanagers auf der Suche nach Verbündeten verschiedene Parteien getestet, wurde Landesvorsitzender der Jungen Piraten, sammelte im Bundestagswahlkampf 2013 in 18 Podiumsdiskussionen wertvolle Erfahrungen. Bei den Piraten kippte die Stimmung, auch Fabian Koleckar verließ die Partei, hatte schon Kontakt zur DIE LINKE aufgenommen, wurde Mitstreiter der Peaceful Streetfighters und bald stellvertretender Bürgerdeputierter für Integration bei der BVV. Sein Highlight bisher: die letzte Berlin-Wahl. „Extrem viel Spaß gemacht hat mir der Wahlkampf in Moabit“, betont er. Als Wahlkampfmanager begleitete „Fabi“ den Direktkandidaten Steve Rauhut bei hunderten Begegnungen mit den Bewohnern durch den Wahlkreis 04.

## „Frühauslerner“ bei der Deutschen Bahn

Neben der monatlichen Plenarsitzung der BVV im Rathaus Mitte in der Karl-Marx-Allee, Fraktionsberatungen, Sitzungen des Integrationsausschusses und des Migrationsbeirates sowie Bürgergesprächsstunden nimmt ihn seine Lehre zum Eisenbahner im Betriebsdienst - Fachrichtung Fahrweg



Fabian Koleckar

im Moment voll in Anspruch. Als fleißiger Azubi bei der Deutschen Bahn Netz AG wird er schon ein halbes Jahr eher als „Frühauslerner“ im Mai die Abschlussprüfung bestreiten. „Als Fahrdienstleiter werde ich an acht Monitoren in Acht-Stunden-Schichten die Bewegung der Züge - den ICE Berlin-Hamburg genauso wie die Regionalbahnen - im Raum Berlin/Brandenburg überwachen und koordinieren, Signale und Weichen stellen - eine Riesenverantwortung gegenüber Tausenden Reisenden täglich“, ist sich Fabian Koleckar bewusst.

Noch so jung und schon voller Pflichtgefühl in Politik und Beruf! „Ich meine, man darf die Jugend nicht unterschätzen, wie das häufig getan wird“, betont er. „Viele junge Leute, in unserer Partei wie in der gesamten Gesellschaft, engagieren sich doch positiv für ihre Mitmenschen.“ **Matthias Herold**

### **Liebe Leserinnen und Leser,**

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an

**info@die-linke-berlin-mitte.de**

Mit besten Grüßen

*Die Redaktion der „mittendrin“*

## Bei anderen gelesen

### ► **Der gesunde Menschenverstand**

Viel zu lange hat die unpolitische, lethargische Mehrheit es zugelassen, dass die Lauten und Aggressiven den Diskurs bestimmten. Wer jetzt noch Biedermeier bleibt, also unbeteiligt und rein mit sich selbst beschäftigt ist, der sollte in Zukunft auch nicht jammern, wenn das Land, in dem er lebt, irgendwann nicht mehr sein Land ist.

„Der Spiegel“, 04.02.2017

### ► **Friedenspolitische Forderungen für 2017**

NATO und EU betreiben seit langem die Einkreisung Russlands. Sie wird durch Sanktionen, zunehmende Manövertätigkeit, die Dauerstationierung von NATO-Truppen an der russischen Westgrenze und die Verdreifachung der Schnellen Eingreiftruppe (NRF) gefährlich verstärkt. Die Bindung der Ukraine an EU und NATO verletzt legitime sicherheitspolitische Kerninteressen der russischen Bevölkerung. - Aktuelles vom Bundesausschuss Friedensratschlag

„RotFuchs“, Februar 2017

### ► **Im Zweifel links**

Von Stefan Zweig im Exil während des Zweiten Weltkrieges geschrieben:

„Es bleibt ein unumstößliches Gesetz der Geschichte, dass sie gerade den Zeitgenossen versagt, die großen Bewegungen, die ihre Zeit bestimmen, schon in ihren ersten Anfängen zu erkennen.“ Heute ist es anders. Wir wissen, dass etwas Neues, etwas Gefährliches begonnen hat.

„Der Spiegel“, 11.02.2017

### ► **Berlin rüstet auf**

Im Jahr 2016 wurden in Berlin 4413 kleine Waffenscheine genehmigt, im Jahr davor nur 816. Wer einen hat, darf Waffen tragen, die tödlich aussehen - und auch sein können. Das entspricht einem Plus von 500 Prozent. Der Schein kostet 50 Euro. Der Ansturm liegt begründet in einem diffusen Gefühl der Unsicherheit, angeheizt durch Terrordrohungen und eine populistische Stimmungsmache. Ein bekanntes Waffengeschäft in Mitte: Die Frage: „Ist es schwer, die Waffe im Ernstfall zu benutzen, ganz ohne Erfahrung?“ wird wie folgt beantwortet: „Was sollte daran schwer sein? Man drückt ab, und dann macht es Krach.“

„Cicero“, 11.02.2017

## Kurznachrichten

### ► Wohnen in deutschen Städten wird immer teurer

Diese Erfahrung haben zweifellos Millionen Menschen längst gemacht. Aber die Bundesbank war so freundlich, die Tatsachen genauer zu ermitteln. Sie ließ uns wissen: Im Jahr 2016 lagen die Preise fürs Wohnen um 15 bis 30 Prozent über dem "gerechtfertigten Niveau". Und welches Niveau ist gerechtfertigt?

### ► Wir brauchen wieder mal Soldaten. Natürlich auch Soldatinnen.

Das jedenfalls will die zuständige Ministerin. Die gegenwärtig 178.000 Männer und Frauen reichen nicht aus, weil wir doch "immer mehr Verantwortung wahrnehmen müssen". Deshalb soll nun "aufgestockt" werden – auf 198.000 Soldaten und Soldatinnen bis 2024. Ein Plus von 20.000. Hat ja schon mal geklappt, sogar in nur zwölf Monaten! 2016 hatte die Bundeswehr die geringste Kopfzahl, nämlich 166.500 Personen. Ein Segen, dass "die Russen" offenbar gerade keine Lust hatten.

### ► Amnesty International beklagt den "Ausverkauf der Menschenrechte"

Die Menschenrechtsslage habe sich 2016 deutlich verschlechtert, urteilt die Organisation. Vor allem die Politik Trumps laufe der Wahrung der Menschenrechte "im höchsten Maße zuwider". Sie spiegele den wachsenden Trend einer auf "Wut und Spaltung" basierenden Politik wider. Auch Kriege wie in Syrien und das Vorgehen der türkischen Regierung gegen Oppositionelle prangert Amnesty International an.

### ► Hauptstadt weiterhin begehrtes Touristenziel

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg zählt 2016 mehr als 31 Millionen Übernachtungen, 2,7 % mehr als im Vorjahr. Über die Hälfte waren Besucher aus Deutschland. Ausländische Besucher kamen vor allem aus Großbritannien (1,7 Mio), den USA (1,1 Mio) und aus Spanien (950.000)

### ► Immer mehr Reisende auf Straßen, Schienen und in der Luft

Das vergangene Jahr verzeichnete in der Bundesrepublik eine neue Höchstzahl an Passagieren. Das waren rund 11,2 Milliarden Reisende per Bus und Bahn (plus 1,7 Prozent gegenüber 2016), und 201 Millionen Fluggäste (3,5 Prozent mehr als im Vorjahr). Den stärksten Anstieg gab es für den Fernverkehr der Eisenbahn mit 138 Millionen Reisenden (5,3 Prozent mehr als 2016).

# Endlich Bewegung auf der Fischerinsel

**Als „Mittendrin“ zuletzt über die Planungen für einen Hochhausneubau der Wohnungsbaugesellschaft Berlin Mitte (WBM) auf der Fischerinsel berichtete, waren die Nachrichten noch – gelinde gesagt – durchwachsen.**

Die Entwidmung der großen Grünfläche am Mühlendamm und die Fällung von 74 Bäumen, ohne dass andernorts Ausgleichspflanzungen vorgenommen wurden, erregten die Gemüter vieler AnwohnerInnen, die sich in der Fischerinsel-Initiative zusammenfanden. Bei einem Kiezgespräch im Januar 2016 stellte die WBM ihre Planungen vor, doch die geladenen Vertreter von Senatsverwaltung und Bezirksamt glänzten durch Abwesenheit. Bei einem weiteren Kiezgespräch stellte Baustadtrat Carsten Spallek klar, dass für das Vorhaben noch gar kein Bauantrag vorlag. Die Fischerinsel-Initiative setzte sich weiter für eine Mitsprache der AnwohnerInnen bei der Bauplanung ein – eine Forderung, die von der LINKE-Abgeordneten Carola Bluhm tatkräftig unterstützt wurde. Das schmeckte dem Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel gar nicht, der noch kurz vor Ende seiner Amtszeit das Bezirksamt aufforderte, einen positiven Bauvorbescheid zu erteilen.

Doch inzwischen haben sich die Verhältnisse in Senat und Bezirk verändert. Geisels ehemaliges Ressort wird nun von der LINKEN Katrin Lompscher geführt, die mit dem neuen Baustadtrat Ephraim Gothe übereinkam, den gewünschten Bauvorbescheid nicht zu erteilen. Stattdessen forderten sie die WBM auf, neue Vorschläge für die Bebauung des Grund-

stücks auszuarbeiten und der Öffentlichkeit zur Diskussion vorzulegen. Als Zeichen dieser neuen Dialogbereitschaft traf sich Gothe im Januar dieses Jahres zum Austausch mit der Fischerinsel-Initiative.



Erdhaufen – und wie weiter?

Die alte „Sprachlosigkeit“ der Verwaltung ist durchbrochen. Nun kommt es darauf an, einen echten Beteiligungsprozess zu starten. Wichtig ist dabei vor allem, dass das im Zentrum ohnehin immer knapper werdende Stadtgrün nicht noch weiter dezimiert wird. Die Fischerinsel-Initiative plädiert deshalb dafür, den seit 2010 vorliegenden Bebauungsplanentwurf für die Fischerinsel zu diskutieren und festzusetzen, um endlich eine planerische Grundlage für die Entwicklung der Grünflächen zu schaffen. Zudem bestehen Verpflichtungen der Axel Springer SE, als Ausgleich für ihren Campus-Neubau in der Axel-Springer-Straße Sanierungsmaßnahmen an den Grünflächen auf der Fischerinsel vorzunehmen – auch hierzu muss nun endlich ein Masterplan erstellt werden, der die Bedarfe der Bevölkerung vor Ort mit einbezieht.

**Markus Wollina**



Karikatur: Klaus Stuttmann

# Grünlose Grünanlagen

**V**erdreckte Plätze, mageres Zufallsgrün, beschmierte Bänke - das sind dringend zu bewahrende Grünanlagen, sobald nach Jahrzehnten der Vernachlässigung Änderungen anstehen.

Bescheiden für unsere Zeiten gibt sich der Protest am Rosa-Luxemburg-Platz, vis-a-vis gleichnamiger U-Bahnstation, doch bis heute fehlt hier der eigentliche Stadtplatz.

Die Protestschilder und Luftballons an Bäumen nehmen weder das aufs Korn, noch die vergammelte Lücke, sondern die nicht bekanntgemachten Bebauungsabsichten. Wo einst gewohnt wurde, Kriegsfolgen und Abriss traurige Lücken rissen, nach der Wende Würstbuden und Bierausschank siedelten, das vernachlässigte Areal eher Pissoir denn Grünanlage war, soll etwas Neues entstehen. Auf Deutsch und Englisch ist zu lesen, dass Publisher Suhrkamp-Verlag, der seit 1950 die Bundesrepublik und jetzt das ganze Deutschland mit guter Literatur versorgt, zwischen Tor- und Liniestraße bauen wolle. Aber was? Ein Verlagshaus? Das alte zu klein, zu groß, Mietvertrag nicht verlängert, Mietzins un-sittlich erhöht? Wer weiß, wie es mit dem

Buchhandel weitergeht. Vielleicht soll die Immobilie die Zukunft sichern? Noch sitzen sie aber im Prenzlauer Berg, in der vorbildlich rekonstruierten Pappelallee 78, wo früher mein Finanzamt war.

Wenn die Plakate unter den bunten Luftballons recht haben, verschwindet bald jener Platz, den ich im Sommer wegen der Alkoholiker, im Winter wegen der Glätte, im Herbst und Frühling wegen nasser Blätter und Matsch meide, auch wenn dessen Überquerung mir den Weg zu Volksbühne, Babylon und Karl-Liebkecht-Haus um mindestens 1 Minute verkürzen würde. Das lohnt nicht, weil genauso öde wie der gewesene Volksbühnenparkplatz, jetzt metallene eingefasst, die grünlose Freizeitanlage geworden ist, in der Menschen eher selten weilen. Nichts ist hier freundlich. Auch nicht die Sprüche von Rosa Luxemburg, die quer den Strassenboden zieren, aber zu klein, zu dunkel sind, um bei schlechtem Wetter und in der Nacht erkannt zu werden. An dieser Ecke wechselt die Gastronomie des öfteren.

Das Lokal im neuen, sperrigen, dunklen Haus scheint aber gut besucht, der edle



Bürgerprotest am Rosa-Luxemburg-Platz  
Foto: Irene Runge

Restaurantimbiss im Apartmenthaus nebenan noch nicht. Vielleicht entscheidet sich Suhrkamp an seiner Ecke für ein ebenerdiges Literaturcafé und für Wohnungen in oberen Etagen? Kein Frust, sondern Lust packt mich bei diesem Gedanken, aber wer weiß, ob sie hier überhaupt bauen. **Irene Runge**

# Neuer Wohnungsmarktreport mit Rekordmieten für Mitte

**Humboldthain: Plus 47 Prozent in einem Jahr bei Neuvermietung**

**B**isher ungeahnte Mietsprünge werden im neuen Wohnungsmarktreport des Immobilienfinanzierers Berlin Hyp und des Weltmarktführers für Immobiliendienstleistungen CBRE verzeichnet. **83.000 Mietangebote und 62.000 Kaufangebote in Berlin wurden dafür ausgewertet.**

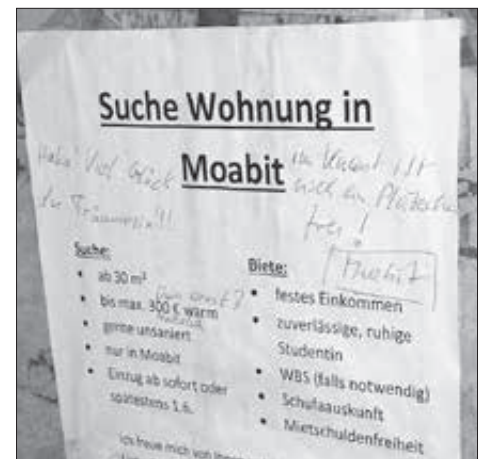
„Im Kern der Stadt liegen die vier Gebiete mit Berlins höchsten mittleren Angebotsmieten: Ihre Mittelwerte reichen von 13,00 bis 13,80 Euro pro qm und Monat“, heißt es im Report. Das sind die Gebiete Hackescher Markt bis Alexanderplatz, Unter den Linden, Potsdamer Platz und Rosenthaler Platz.

Insgesamt stiegen die Angebotsmieten für Berlin im vergangenen Jahr um 5,6 Prozent auf einen Mittelwert von 9 Euro nettokalt pro Quadratmeter, in Berlin-Mitte bereits auf 10,48 Euro. 2015 betrug die Steigerungsrate noch lediglich 2,3 Prozent! Das ist eine deutschlandweit einmalige Dynamik.

**„Schonungslose Darstellung des Marktversagens“**

Der eigentliche Rekord liegt aber im Detail, nämlich in den Kiezen von Mitte, unter anderem im Gebiet Humboldthain: In diesem Quartier in Mitte stieg der Mietpreis für neuvermietete Wohnungen in einem Jahr um 47 Prozent! Das wird im Wohnungsmarktreport in erster Linie mit den Mietangeboten im sanierten Altbau erklärt. Mit anderen Worten: Die im Bundestag hierfür beschlossenen Gesetze erweisen sich als Goldgrube für die Vermieter. Dadurch trägt der Wohnungsmarkt immer mehr zur Spaltung der Gesellschaft bei. „Die Immobilieneigner werden reicher, die Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen ärmer“, so Reiner Wild vom Berliner Mieterverein.

Der Sozialwohnungsbau wie auch die Mietpreisbremse haben bisher keine Wir-



„Suche: bis 300 Euro warm“,  
Kommentar: Träumerin!

kung gezeigt. Der Wohnungsmarktreport wird dadurch zu einer „schonungslosen Darstellung des Marktversagens“, wie Reiner Wild betont. Von Entlastung oder Entspannung ist nichts zu spüren. Im Gegenteil: Es ist zu erwarten, dass die Mieten in Berlin weiter extrem ansteigen, denn die Preise für Eigentumswohnungen und Mehrfamilienhäuser sind mit 9,6 bzw. 15,7 Prozent erneut deutlich höher als die Mieten gestiegen.

**Rainer Scholz**

**Aus dem Abgeordnetenhaus**

## #holmbleibt – das Ende einer Besetzung an der Humboldt-Universität

**Erst der Rücktritt des Staatssekretärs Holm, dann die Kündigung des Wissenschaftlers Holm – beides hat an der Humboldt-Universität für große Proteste gesorgt. Besonders die Studierenden des Instituts für Sozialwissenschaften, die bei Andrej Holm gelernt hatten, waren sauer und besetzten die untere Etage ihres Instituts in der Universitätsstraße 3b. Das Ziel der Studierenden war, die Humboldt-Uni zu bewegen, ihre Kündigung zurückzunehmen. Darüber hinaus wollten sie besonders auf den Kampf um die Stadt, um preiswertes Wohnen, aber auch um kritische Lehre und gute Arbeitsbedingungen an den Hochschulen aufmerksam machen.**

Streiks an Berliner Universitäten und Hochschulen sind nichts besonders Ungewöhnliches, sie kommen alle Jahre wieder vor. Zum einen, weil die Wissenschaftspolitik durch Kürzungsprogramme Studierenden wie Lehrenden oft genug

Anlass zum Protest bot, zum anderen sind sie auch ein wenig ein Ritual, das regelmäßig zur Aneignung des für junge Menschen neuen Lebens- und Debattenraums Hochschule genutzt wird. Der jetzige Protest am Institut für Sozialwissenschaft war im Vergleich kreativ und er war politisch. Die Studierenden brachten nicht nur mehr oder weniger lustige Satirevideos zu Stande, sondern organisierten vor allem spannende Debatten zur Stadtpolitik, zur Urbanistik, zu kritischer Wissenschaftskultur und nicht zuletzt zum Umgang mit DDR-Geschichte und -biographien. Sie wandten sich mit ihrem Protest nicht nur nach innen, sondern hatten den Diskurs mit der Stadt, mit der aktuellen Politik und Menschen außerhalb der Wissenschaft im Blick.

Dass die Humboldt-Uni die Kündigung von Andrej Holm letztendlich zurücknahm, hatte sicher mehrere Ursachen – der Protest am Institut war ganz bestimmt eine davon. Die

Besetzer\*innen haben alle Räume verlassen, bis auf einen. Den Studierenden, die ich vor Ort sprechen konnte, geht es vor allem darum, den begonnenen Prozess der Selbstorganisation nicht aus Raummangel abbrechen zu müssen.

Es spricht für die Studierenden, dass sie erkennen, dass sie diesen Protest nun, nachdem sich die Stoßrichtung verändert, in die Stadt verlagern müssen. Es spricht für die HU, dass sie bisher von repressiven Maßnahmen abgesehen hat. Es ist verständlich, dass das Institut auch diesen einen Raum wieder nutzen will und stattgefundenen Vandalismusfälle nicht befriedend wirken. Trotzdem ist zu hoffen, dass hier eine Lösung gefunden wird, die zur Deeskalation beiträgt, die normale Arbeit des Instituts ermöglicht und dem Engagement weiter Platz bietet.



Tobias Schulze

**Tobias Schulze**

## Stadtteilkoordination – Brücke zwischen Verwaltung und Bürger\*innen

**Seit Jahresbeginn gibt es sie flächendeckend in Mitte: die Stadtteilkoordinationen (STK). Als Brücke zwischen Bezirksverwaltung und Bevölkerung dienen sie der Kommunikation, dem Feststellen lokaler Bedarfe und Probleme sowie der Förderung von Engagement, Vernetzung und Beteiligung der Bürger\*innen.**

Eine von drei STK, die zum Januar neu eingerichtet wurden, befindet sich im Nachbarschaftstreff in der Lützowstraße. Michael Klinnert ist hier als Ansprechpartner für die Bezirksregion Tiergarten tätig. Seine Rolle sieht er „als Support für das Engagement der Leute vor Ort, nicht als ihr Stellvertreter“. Als zum Beispiel die Mieter\*innen eines Hauses an der Ecke Genthiner / Lützowstraße sich nach einem Eigentümerwechsel von Verdrängung bedroht sahen und sich organisierten, stellte die STK Räumlichkeiten für Veranstaltungen zur Verfügung und vermittelte den Kontakt zu Fachleuten. Zudem ist die STK am Aufbau des soziokulturellen Zentrums „Villa Lützow“

und an der Organisation des jährlichen Stadtteilforums beteiligt.

Bereits seit Mai 2016 besteht im KREATIVHAUS auf der Fischerinsel die STK in den Bezirksregionen Alexanderplatz und Regierungsviertel. Koordinatorin Sylvia Euler erklärt: „Die beiden Bezirksregionen unterscheiden sich durch ihre Heterogenität von anderen Bezirken. Zu den wichtigen Themen vor Ort zählen Kultur, Geschichte und Tourismus. Hinzu kommt die Gestaltung von öffentlichen Flächen, zum einen durch Bauvorhaben (etwa auf der Fischerinsel) und zum anderen durch die Nutzung von Grünflächen (Urban Gardening).“ Auch die Stadtteilkonferenz, die am 31. März in der Evangelischen Schule in der Wallstraße stattfindet, wird von der STK unterstützt.

Übrigens: Um das lokale Engagement auch finanziell zu stärken, sind die STK seit Januar mit Stadtteilkassen ausgestattet. Mit jeweils bis zu 500 Euro werden Aktionen, Veranstaltungen und Projekte gefördert, die



Viel Platz für Kommunikation

das Zusammenleben im Stadtteil stärken. Bürger\*innen, Gruppen, Vereine und Initiativen können die Förderung beantragen, über deren Vergabe ein ehrenamtliches Gremium entscheidet. Informationen zur Antragstellung erhält man vor Ort, die Kontaktdaten aller acht STK in Mitte sind auf der Website des Bezirksamtes zu finden.

**Markus Wollina**

## Das ist das Letzte

Ein Donnerrollen geht durch die City: Hauptstraßen sollen einspurig werden! Autofahrer sollen mehr Bus und Bahn nutzen. Radfahrer sollen auch freihändig sicherer sein. Soll sich unsere Weltmetropole durch neue „Flaschenhälse“ im Straßennetz erdrosseln?

Kein Grund zur Aufregung! Die „linkische“ Stadtregierung hat es im Koalitionsvertrag angekündigt. Jeder wusste, dass Grüne und Linke und schwindelfeie Sozialdemokraten ein Herz für Radfahrer, Behinderte und Straßenbahnfahrer haben. Die Opferzahlen mahnen täglich. Nun sollen Nägel mit Köpfen gemacht werden. Das wird eine Operation am lebenden Organismus! Die soll aber „minimal-invasiv“ erfolgen: Nur auf einzelnen Hauptstraßen, nur in Teilstrecken, nur als Machbarkeits-Test, nur in Jahren. Und mit Respekt vor dem notwendigen Autoverkehr.

Was heißt „Respekt vor dem Individualverkehr?“ Sitzen nicht in den meisten Blechkarossen nur einzelne Individuen zwischen vier-fünf Polstersesseln? Sind Radfahrer keine Individuen, die Respekt verlangen? Sollen alle Omas zittern, wenn die Enkel mit dem Drahtesel kommen?

Der Ostteil der Stadt reagiert etwas gelassener. Da hinderte kein Privatbesitz an breiten Hauptstraßen. Da wurde die Straßenbahn nicht verschrottet. Da war das Fahrrad eine echte Alternative zum „stinkenden Trabi“. Da flog auch keiner raus, wenn er dreimal zu spät kam. Da hatten schon länger die Linken regiert ...

Um den Kapitänen der Straßenkreuzer zur Einsicht und Nachsicht zu verhelfen, sei erinnert: Die Berliner Autofahrer standen 2016 fast 14 Tage lang im Stau! Sie brauchen – wie in München, Köln und Hamburg – um 30% mehr Zeit, wenn der Verkehr nicht fließt. In Jakarta kämen sie aber auf 60% Zeitverlust! Wir müssen also umsichtig zu Werke gehen, damit wir alle besser vorankommen. Der Senat läßt dazu ein.

**Arthur Paul**

### Impressum:

#### Bezirksvorstand Berlin-Mitte

der Partei DIE LINKE

#### Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

#### E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

#### Satz + Druck:

R. Serinek / Druckerei Bunter Hund, Berlin

Redaktionsschluss: 22.02.2017

Ausgabetermin für Nr. 03/2017 – 03.03.2017

# Mehr Bürgerbeteiligung in Mitte?

## Ein Schritt in die richtige Richtung

**Viele Einwohner\*innen beklagen, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wird. Oft erfahren sie von geplanten Veränderungen ihres Umfeldes zu spät. Wenn sie ihre Meinungen und Vorschläge zu geplanten Vorhaben einbringen wollen, ist das nicht vorgesehen oder die Planungsprozesse sind schon soweit fortgeschritten, dass diese nicht mehr möglich sind.**

begründet werden. Findet eine Beteiligung statt, werden die Ergebnisse dokumentiert und in die Entscheidungen einbezogen.

Ziel aller an der Erstellung der Leitlinien Mitwirkenden ist es, die Anzahl der Beteiligungsverfahren zu erhöhen und mehr Einwohner\*innen zu animieren, sich in die Veränderungen ihres Lebensumfeldes einzumischen. Die Leitlinien sind unter



Aus diesem Grund entschloss sich der Bezirk, verbindliche Leitlinien der Bürgerbeteiligung für Berlin-Mitte erarbeiten zu lassen. Eine Gruppe aus Kommunalpolitikern, Mitarbeitern der Verwaltung und in Vereinen und Stadtteilvertretungen engagierte Bewohner\*innen wurde damit beauftragt. Geleitet wurde die Erarbeitung durch die Firma Zebralog. Der Bezirk wird künftig eine Liste aller geplanten Vorhaben erstellen. Neben Vorhaben, bei denen eine Bürgerbeteiligung ohnehin gesetzlich vorgeschrieben ist, wird sie auch die bezirklichen Vorhaben enthalten, bei denen bisher keine Beteiligung stattfand. Gemeint sind Vorhaben wie die Schulentwicklungsplanung, die Neueröffnung oder Schließung von Begegnungsstätten oder Kultureinrichtungen, die Gestaltung von Grünanlagen oder die Einrichtung einer Parkraumbewirtschaftungszone. Die Liste wird jährlich erstellt, fortlaufend aktualisiert, im Internet veröffentlicht und in den Rathäusern, Bürgerämtern und Stadtteilzentren ausgelegt. Alle Einwohner\*innen aus Mitte können zu den aufgeführten Vorhaben eine Bürgerbeteiligung einfordern. Auch zu Vorhaben, die nicht auf der Liste stehen, kann eine Beteiligung angeregt werden. Ein neu zu schaffendes Büro für Bürgerbeteiligung wird hierfür der Ansprechpartner sein. Letztendlich entscheidet das Bezirksamt, ob eine Bürgerbeteiligung zu einem Vorhaben durchgeführt wird. Dazu wurden verbindliche Kriterien festgelegt. Im Falle einer Ablehnung muss diese öffentlich

<https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/sozialraumorientierte-planungskoordination/leitlinien-zur-buergerbeteiligung/> zu finden oder auch in der Geschäftsstelle der LINKEN Berlin-Mitte, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin zu erhalten. **Thilo Urchs**

### Wir gratulieren im März zum Geburtstag!

- Zum 94. Edith Barow-Bernstorff
- zum 92. Hein Grote
- zum 90. Vera Singer
- zum 89. Victor Grossmann, Helmut Hauptmann
- zum 88. Günter Böhle, Dieter Langhoff  
Ingeborg Langner, Ilse Pargmann
- zum 87. Anneliese Kollin
- zum 86. Karl-Heinz-Neubauer
- zum 85. Georg-Diedrich Breden, Gisela Meier
- zum 84. Edith Angermüller
- zum 83. Rolf Krug, Brigitte Lupp, Vera Reuß,  
Fritz Wengler
- zum 82. Udo Leuschner, Ingrid Renner
- zum 81. Hannelore Lippmann, Ellen Rauhut,  
Helmut Schieferdecker, Edith Seeger,  
Lore Supranowitz
- zum 80. Eberhard Ugowski, Jürgen Zenker